

Bundesregierung will Rente erst ab 67 - Aber es gibt Alternativen. Deshalb: Jetzt Druck von unten

Was will die Regierung?

■ Rente erst mit 67. Ab 2012 steigt der Rentenbeginn in Monatsschritten an. Ab 2029 müssen alle bis 67 arbeiten. Wer früher raus will hat Abschläge.

■ Der frühestmögliche Rentenzugang (Abschläge bis zu 14,4 Prozent) wird von 62 auf 63 angehoben.

■ Die geförderte Alterszeit läuft 2009 ersatzlos aus. Dann gibt es kein Modell mehr um vorzeitig abschlagsfrei aus dem Erwerbsleben zu kommen.

■ Langjährig Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren können erst mit 65 abschlagsfrei in die Rente gehen.

■ Für Menschen mit Behinderung wird der Zugang zur Altersrente erst nach Vollendung des 62. Lebensjahres und mit 35 Versicherungsjahren möglich.

■ Verschärfung des Rentenzugangs wegen verminderter Erwerbsfähigkeit.

■ Die Bruttoentgeltumwandlung als Möglichkeit zur privaten Altersvorsorge soll abgeschafft werden. Das trifft vor allem untere und mittlere Einkommen.

Protest gegen Rentenpläne



Was bedeuten die Pläne?

■ Ein Angriff auf die Gesundheit älterer Beschäftigter. Schon heute kann kaum jemand bis zur Rente arbeiten.

■ Rentenkürzung durch die Hintertür. Altersarmut droht. Wer früher in Rente geht muss wegen der Erhöhung des Rentenzugangsalters mit höheren Abschlägen rechnen. Dabei liegt die Durchschnittsrente heute schon bei nur knapp 950 Euro. Kommt die Rente mit 67, sinkt die Summe bei einem Renteneintritt mit 65 Jahren auf magere 700 Euro ab. Davon kann niemand leben!

■ Die Chancen auf einen Job nach der Ausbildung oder für Erwerbslose sinken weiter. Schon heute suchen fast 600 000 Jugendliche unter 25 Jahren verzweifelt Arbeit. Auch 1,2 Millionen über 50-jährige sind arbeitslos.

■ Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit müssten bis zu 3 Millionen sozialversicherungspflichtige Jobs zusätzlich entstehen, damit die Arbeitslosigkeit durch die Rente mit 67 nicht ansteigt.

Rente mit 67

Die Alternativen

Die Rentenpläne der Bundesregierung stoßen auf breite Ablehnung. Zu Recht. Eine Politik, die uns als alternativlos verkauft wird. Aber: Es geht anders. Und es geht vor allem besser!

Die Rente mit 67 sei notwendig, um das Rentensystem zu finanzieren. Die Gesellschaft altere und immer weniger Junge würden zur Finanzierung beitragen, so die Regierung.

Dabei könnte 65 als Regelaltersgrenze beibehalten werden, wenn man die Lücke zwischen gesetzlichem und realem Renteneintritt endlich schließen würde.

Damit dies gelingt, muss Arbeit so humanisiert werden, dass Arbeiten bis zur Rente überhaupt erst möglich wird. Das heißt vor allem frühzeitige Prävention und staatliche Förderung alterngerechter Arbeit.

Außerdem fordern wir:

► Fortführung der geförderten Altersteilzeit oder vergleichbare Regelung

► Rentenzugang für langjährig Versicherte auf 62 Jahre absenken

► Förderung von Neueinstellungen durch die Bundesagentur für Arbeit. Insbesondere für die Einstellung von Arbeitslosen und Übernahme von Auszubildenden

► Rentenzugang ohne Abschläge nach 40 Versicherungsjahren, auch vor dem 65. Lebensjahr

► Verbesserte Erwerbsminderungsrenten durch leichteren Zugang und Verzicht auf Abschläge

Das Zitat

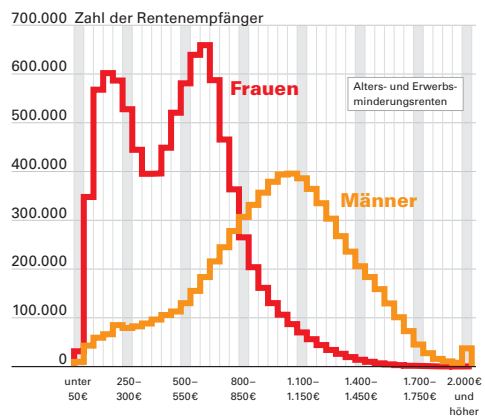
Dieter Hundt, Arbeitgeberpräsident, am 1. Februar 2006:

„Die Anhebung des Rentenalters ist unverzichtbar. Die Anhebung darf aber nicht dadurch verwässert werden, dass Versicherte mit 45 Beitragsjahren abschlagsfrei vorzeitig in Rente gehen können. Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug sind schließlich keine Strafe, sondern lediglich notwendiger Ausgleich für einen längeren Rentenbezug.“

Gleichzeitig verschärfen aber die Arbeitgeber ständig die betrieblichen Arbeits- und Leistungsbedingungen.

Die meisten Renten liegen unter 1.000 Euro

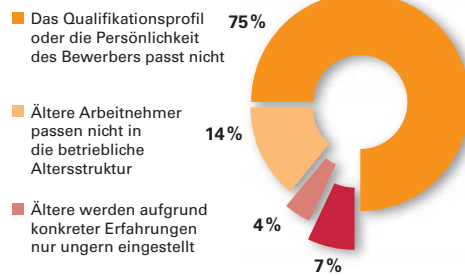
Verteilung der Rentenzahlungen Ende 2004



Quelle: Deutsche Rentenversicherung 2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Ältere Bewerber fallen heraus

Betriebe begründen die Ablehnung über 50-jähriger Bewerber mit:



Quelle: Bellmann, Gewiese, Leber 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Abschläge bei Altersrente für Schwerbehinderte

Erwartete Brutto-Rente	Abschläge
700 €	10,8% 75,60 €
1.000 €	108,00 €

Die frühestmögliche Inanspruchnahme der Altersrente für Menschen mit Schwerbehinderung wird mit Abschlag vom 60. auf das 62. Lebensjahr erhöht. Gleichzeitig erhöht sich die abschlagsfreie Altersgrenze vom 63. auf das 65. Lebensjahr. Die maximale Abschlagshöhe bleibt bei allen Jahrgängen konstant bei 10,8 Prozent.

Altersrente für langjährig Versicherte

Geburtsjahr	Eintrittsalter Regelaltersrente	Erwartete Bruttorente	Abschläge in %	Verlust bei vorzeitiger Rente mit 63 p. Monat
1950	65 + 4 Monate	700 €	8,4	58,80 €
1954	65 + 8 Monate	700 €	9,6	67,20 €
1957	65 + 11 Monate	700 €	10,5	73,50 €
1960	65 + 16 Monate	700 €	12,0	84,00 €
1964	65 + 24 Monate	700 €	14,4	100,20 €
1950	65 + 4 Monate	1.000 €	8,4	84,00 €
1954	65 + 8 Monate	1.000 €	9,6	96,00 €
1957	65 + 11 Monate	1.000 €	10,5	105,00 €
1960	65 + 16 Monate	1.000 €	12,0	120,00 €
1964	65 + 24 Monate	1.000 €	14,4	144,00 €

Die frühestmögliche Inanspruchnahme der Altersrente wird mit Abschlag vom 62. auf das 63. Lebensjahr erhöht. Gleichzeitig erhöht sich der Abschlag, da die Berechnung auf das 67. Lebensjahr bezogen wird.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung.

Protestfahrplan

Bis Weihnachten laufen im ganzen Bezirk viele Aktionen: Info-Stände, Flugblattverteilungen, Diskussionen mit Abgeordneten, Einladungen an Abgeordnete zu einem Betriebsbesuch etc. Auch in vielen Betrieben wird die Rente zum Thema, z.B. durch Beschäftigungsbilanzen. Am 14. Dezember (Tag der 1. Lesung im Bundestag) gibt es einen bezirklichen Info-Tag. Für Ende Januar sind bundesweite Aktionstage als Protest gegen die Regierungspläne angekündigt

Wirtschaftliche Lage ist gut – 2007 die Einkommen stärken

Forderung diskutieren!

Die Diskussion über die Forderung zur Tarifrunde 2007 in den Betrieben und Verwaltungsstellen ist eröffnet. Den Startschuss gab die Große Tarifkommission auf ihrer Sitzung im Dezember.

»Es gibt keinen Grund für Bescheidenheit«, so Bezirksleiter Jörg Hofmann in Sindelfingen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Tarifrunde 2007 seien gut wie lange nicht. »Umsätze und Produktivität gestiegen, die Gewinne explodiert.«

Die Parameter der Metallwirtschaft im Land zeigen deutlich nach oben. Produktivität: Plus 7,9 Prozent und ein Umsatzwachstum von über 11 Prozent. Die Lohnstückkosten sind weiter rückläufig: Minus 4,2 Prozent für 2006. Eine Entwicklung die sich auch 2007 nicht eintrüben dürfte.

Besser als 2006

Insgesamt sieht Hofmann bessere wirtschaftliche Voraussetzungen als 2006: Deshalb

gebe es Spielraum für eine Forderung oberhalb der fünf Prozent aus der letzten Tarifrunde.

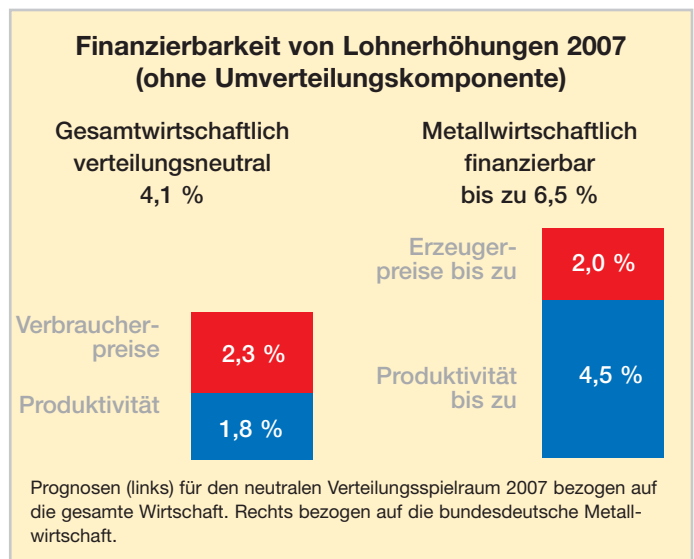
Aufschwung auch für die Beschäftigten

Die Erwartungen der Beschäftigten sind gestiegen. Bei ihnen ist der Aufschwung nämlich bisher nicht im Geldbeutel angekommen. »Das wollen wir ändern!«, so Hofmann, denn von einer offensiven Lohnpolitik profitierten die Beschäftigten.

Mit der Konzentration auf die Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen wolle die IG Metall die Einkommen stärken, so Hofmann. Und damit soll auch die Konjunktur im Inland stabilisiert werden. Denn die wird bis jetzt immer noch hauptsächlich vom Export getragen.

Debatte in den Betrieben

Die Diskussion über die Forderung 2007 startet jetzt in den Betrieben. Das Ergebnis wird im Januar debattiert.



Fahrplan

Am 25. Januar 2007 will die Große Tarifkommission die Entgeltforderung für die kommende Tarifrunde weiter verdichten. Der endgültige Beschluss darüber soll Ende Februar fallen. Die Tarifverträge müssen bis Ende Februar gekündigt werden. Die Friedenspflicht endet dann am 28. April 2007.

BA-Studenten

Die Große Tarifkommission will die etwa 20.000 Studenten an Berufsakademien im Land aktiv in die Tarifrunde einbeziehen. Im Bereich der IG Metall stellen sie heute schon rund 14 Prozent der Berufsstarter. Sie sollen ab Herbst 2007 Studiengebühren zahlen (500 Euro/Semester). Diese Gebühren sollen die Arbeitgeber übernehmen.

Aus den Medien

„Die Konjunktur brummt, die Unternehmensgewinne sprudeln...Gründe genug für die Gewerkschaften, nach den mageren Jahren der Lohnzurückhaltung das Ende der Bescheidenheit auszurufen. Zu Recht. Wenn die Unternehmen gut verdienen, müssen die Arbeitnehmer daran beteiligt werden.“

DIE WELT 4.12.2006

„Schluss mit den Ausreden! Jetzt ist es höchste Zeit, dass auch die Löhne deutlich ansteigen! Und der Aufschwung auch im Geldbeutel der Arbeitnehmer ankommt“

BILD 4.12.2006

„Die Geschäfte der Metall- und Elektroindustrie – gerade des Maschinenbaus – laufen glänzend, das muss sich in den Lohnabschlüssen spiegeln“

STUTTGARTER ZEITUNG 4.12.2006

„Anscheinend ist bei vielen Firmen genügend finanzieller Spielraum vorhanden, um nach Jahren der Genügsamkeit den Arbeitnehmern einen Schluck aus der Pulle zu gönnen“

STUTTGARTER NACHRICHTEN 4.12.2006

„Nach Jahren der Zurückhaltung sollen nun die Arbeitnehmer wieder mit Ein-

kommenssteigerungen an der Reihe sein“.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 4.12.2006

„Per Saldo erwarten viele Volkswirte für Deutschland ein merkliches Anziehen der Löhne. Angesichts sich häufender Warnsignale aus den USA, die bislang Motor der Weltkonjunktur waren, kommt dieses Lohnplus gerade zur rechten Zeit. Es wird den deutschen Aufschwung zusätzlich stabilisieren“.

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND 4.12.2006

Stimmen aus der Tarifkommission zur Tarifforderung und Rente mit 67 »Mobilisierung beginnt jetzt«

Die geplante Rente mit 67 und die anstehende Tarifrunde 2007 – das waren Diskussionsthemen in der Großen Tarifkommission. Einige Stimmen:



Roman Zitzelsberger, IG Metall Gaggenau: »Die wirtschaftlichen Daten sind hervorragend, besser als 2006 und deshalb wird unsere Entgeltforderung auch darüber liegen. Aber wir dürfen kein Wolkenkuckucksheim fordern.«



Johann Baur, IG Metall Stuttgart: »Wir müssen uns in dieser Tarifrunde auf die Entgelte konzentrieren und dürfen keine weiteren Nebenforderungen aufnehmen. Zwischen unserem

Anspruch und den realen Möglichkeiten darf die Kluft nicht zu groß werden.«



Dimitrios Oreopoulos, Stihl Waiblingen: »Die Leute arbeiten sich kaputt und wollen raus. Im Akkord hört der Spaß mit 55 auf – da kommt man nicht mehr mit. Wie sollen die Leute da bis 67 durchhalten?«



Uwe Hück, Porsche Stuttgart: »Von meiner eigenen Partei bin ich in Sachen Rente mit 67 sehr enttäuscht. Hier müssen und werden wir uns jetzt Gehör verschaffen. Wir werden bei Porsche vernünftig und angemessen über die Entgeltforderung diskutieren. Sie muss so sein, dass nachher auch was dabei rauskommt.«



Konrad Ott, IG Metall Ludwigsburg: »2007 haben wir überhaupt keinen Grund zur Bescheidenheit. Die wirtschaftlichen Rahmendaten geben alles her für eine höhere Forderung als 2006. Die Mobilisierung für die Tarifrunde und gegen Rente mit 67 beginnt jetzt!«



Sieghard Bender, IG Metall Esslingen: »Wenn wir uns jetzt nicht wehren, werden wir das einzige Volk in Europa sein, das bis 67 schaffen muss. Und das als eine der wirtschaftlich stärksten Nationen.«



Marianne Thieme, ZF Friedrichshafen: »Neue Ausstiegsmo-

delle für Ältere bleiben dringend. Aber in der Tarifrunde 2007 haben sie nichts zu suchen, sondern das ist ein Anschlussprojekt. Wir bei ZF bereiten Aktionen gegen die Rente mit 67 vor.«



Frank Büchner, DaimlerChrysler Sindelfingen: »Wenn wir für die BA-ler etwas tun, dann kommen sie auch in die IG Metall. Erst gestern konnte ich zwei Leute werben.«



Robert Bäuerlein, Allweiler, Singen: »Die Azubis kämpfen für existenzsichernde Ausbildungsvergütungen. Sie bitten die Große Tarifkommission um Unterstützung für dieses Ziel, das sie langfristig erreichen möchten.«

Jetzt Mitglied werden!

Name Vorname

Strasse/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Telefon E-Mail-Adresse

Betrieb: Name und Ort

z. Zt. vollbeschäftigt
 teilw./zeitweilig beschäftigt
 männlich
 weiblich
 Auszubildende/r bis voraussichtlich:
 gewerbl. Arbeitnehmer/in
 Angestellte/r
 kaufm.
 techn.
 Meister

Nationalität Änderung des bisherigen Status

Mitgliedsbeitrag (1% des monatl. Bruttogehalts) ab Monat

gelesen durch (Name und Betrieb)

Bitte abgeben bei IG Metall-Betriebsräten/-Vertrauensleuten oder bei der Verwaltungsstelle.

Einzugsermächtigung/Bankverbindung

Kto.Nr. IBAN/Kontoinhaber

Name des Kreditinstituts

in 99 / Ort

Ich bestätige die erfassten Daten über meine Person sowie den Grund (Baugruppe) für die Eintragung dieser Daten.
 Ich bin hiermit darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben gesetzeskonforme Angaben über mich mit Hilfe von Computern (Datenbank) verarbeitet. Die für die Beitragsentzug nötigen Daten werden zur Kenntnis der IG Metall und dem Geldinstitut – bei Lohnabzug mit dem Arbeitgeber – ausgetauscht (übermittelt). Die Verwaltungsstelle informiert mich auf Wunsch aller alle gespeicherten Daten.
 Hiermit ermächtige ich wiederum die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1 % des monatlichen Bruttolohns oder Gehalts zu erheben. Diese Einzugsermächtigung erweist sich im Rahmen der von der Gesamtarbeitnehmer-Versammlung der IG Metall beschlossenen Konsolidierung (§ 5 Ziff. 5 Satz 3 der Satzung) sowohl auf den Abzug von meinem Bankkonto, als auch auf den Einbehalt des Beitrags durch meinen Arbeitgeber in der jeweiligen Höhe. Diese erhält die Verwaltung der entsprechenden Daten an die IG Metall ein. Dieser Auftrag kann nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Überlassungszeitpunkt der Verwaltungsstelle der IG Metall rückgängig gemacht werden. Alle Änderungen oder Löschungen, die sich aus diesem Auftrag ergeben, kann ich nur bei der Verwaltungsstelle der IG Metall regeln.
 Die vorstehende Daten werden zum Zweck der Mitgliedschaftsbeziehung der IG Metall erhoben und unter Beachtung der DSGVO verarbeitet. Weitere Empfänger dieser Daten sind die Service-Lieferanten der IG Metall. Den vorstehenden Hinweis zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen.

Datum/Unterschrift des Antragstellers/Mitgliedes/Kontoinhabers